

mit Schwerpunkt CO₂ Barometer

Bestnoten für die Arbeit des ZEW

Alle sieben Jahre wird die wissenschaftliche Qualität der Mitgliedsinstitute der Leibniz-Gemeinschaft überprüft. Im September 2009 war wieder das ZEW an der Reihe: Eine unabhängige Bewertungsgruppe besuchte das Institut und bildete sich durch Gespräche mit den Wissenschaftlern sowie durch die Auswertung von Dokumenten und Institutsdaten eine Meinung über die Bedeutung der Einrichtung. Nun liegen die Ergebnisse vor: Für seine wissenschaftliche Forschungsarbeit, die Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses sowie seine Leistungen in der Politikberatung und beim Wissenstransfer erhält das ZEW exzellente Noten.



Wurde sehr von den Gutachtern gelobt: die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses am ZEW.

Der Senat der Leibniz-Gemeinschaft (WGL) stellt ausdrücklich fest, dass das ZEW eine außerordentlich erfolgreiche und zukunftssträchtige Einrichtung der anwendungsbezogenen empirischen Wirtschaftsforschung ist. Das ZEW sei national und international sehr gut sichtbar und gehöre zu den führenden Wirtschaftsforschungsinstituten in Europa. Auch habe es wissenschaftliche Standards in der wirtschaftspolitischen Beratung in Deutschland gesetzt. Deshalb empfiehlt der Senat Bund und Ländern das ZEW auch in Zukunft als eine Einrichtung von überregionaler Bedeutung und gesamtstaatlichem wissenschaftspolitischem Interesse zu fördern.

Als kennzeichnend für das ZEW hebt der Senat der Leibniz-Gemeinschaft insbesondere die erfolgreiche Integration von Forschung, wirtschaftspolitischer Beratung und Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses hervor. Mit 34 abgeschlossenen Promotionen in den Jahren 2006 bis 2008 sei die Doktorandenausbildung am ZEW außerordentlich erfolgreich. Der Leitgedanke des ZEW „Funktionstüchtige Märkte und Institutionen in Europa“ werde im Institut überzeugend ausgefüllt. Insbesondere der europäischen Dimension werde in geeigneter Weise Rechnung getragen. Der Senat stimmt der Bewertungsgruppe voll zu, wenn

diese feststellt, dass die Forschungsleistungen des ZEW sehr gut seien. Besonderes gelobt werden darüber hinaus die am ZEW vorgehaltenen und gepflegten umfangreichen wichtigen Datenbestände wie beispielsweise die des ZEW-Finanzmarkttests, des European Tax Analyzers, des Mannheimer Innovationspanels oder des KfW/ZEW-Gründungspanels. Ebenfalls herausgestellt wurde der sehr erfolgreiche Wissenstransfer des Forschungsinstituts an die fachliche und allgemeine Öffentlichkeit.

Der Senat der WGL evaluiert in einem Zeitraum von maximal sieben Jahren die Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft. Auf der Grundlage der Senatsstellungen überprüfen Bund und Länder in der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK), ob die Voraussetzungen für die gemeinschaftliche Förderung der Leibniz-Einrichtungen weiterhin gegeben sind. Das Evaluierungsverfahren ist strikt unabhängig.

IN DIESER AUSGABE

Bestnoten für die Arbeit des ZEW	1
Breitband setzt Impulse für Innovationen	2
Bachelor führt bislang kaum zu steigender Anzahl von Studierenden	3
Nachgefragt: Unverbundene Jugendliche in Deutschland	4
Anpassungskosten an den Klimawandel	5
ZEW Summer Workshop	7
Mannheimer Unternehmenssteuertag	8
ZEW Konferenz	9
ZEW Intern, Termine	10
Daten und Fakten	11
Standpunkt	12

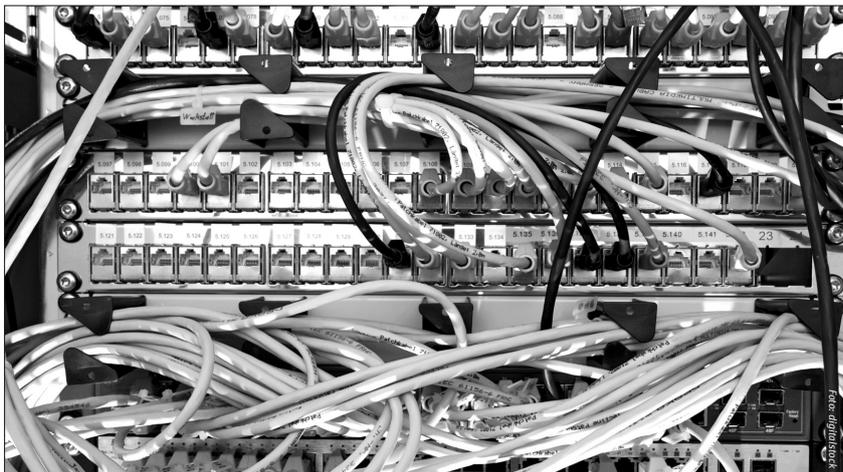
FORSCHUNGSERGEBNISSE

Breitband setzt Impulse für Innovationen

Die effiziente Nutzung moderner IKT-Lösungen setzt eine leistungsfähige Breitbandinfrastruktur voraus. Die vorliegende Studie des ZEW belegt, dass Breitbandinternet ein signifikanter Impulsgeber für die Innovationstätigkeit von Unternehmen in Deutschland ist. In der frühen Phase des DSL-Ausbaus (in den Jahren 2001 bis 2003) konnten Unternehmen, die Breitbandinternet nutzten, mit signifikant höherer Wahrscheinlichkeit Produkt- oder Prozessinnovationen realisieren als ohne Breitbandinternet. Insbesondere im Dienstleistungssektor hat Breitbandinternet Impulse für Innovationen gesetzt.

Eine leistungsfähige Breitbandinfrastruktur ist Voraussetzung dafür, das Potenzial moderner IKT-Lösungen effizient zu nutzen. Die globale Vernetzung ermöglicht es, Produkte und Dienstleis-

ternehmensebene“ und „DSL-Verfügbarkeit auf Postleitzahlebene“ die für die ökonomische Analyse notwendige Variation auf, um Unterschiede zwischen Unternehmen mit und ohne Breit-



Unternehmen mit Breitbandinternet waren in den Jahren 2001 bis 2003 innovativer als ohne.

tungen nicht nur national, sondern auch weit über die Landesgrenzen hinaus anzubieten. Darüber hinaus erleichtert die Vernetzung den Wissenstransfer und ermöglicht eine vor wenigen Jahren noch nicht realisierbare Arbeitsteilung. Jedoch sind die Effekte des Breitbandinternets für die Innovationstätigkeit von Unternehmen empirisch noch weitgehend unerforscht. Mit Unterstützung der Deutschen Telekom AG hat das ZEW die Bedeutung des Breitbandinternets für die Innovationstätigkeit von Unternehmen nun untersucht. Betrachtet wurde für die Jahre 2001 bis 2003 die frühe Phase des DSL-Ausbaus in Deutschland. In diesem Diffusionsstadium weisen die Kenngrößen „Breitbandnutzung auf Un-

ternehmensebene“ und „DSL-Verfügbarkeit auf Postleitzahlebene“ die für die ökonomische Analyse notwendige Variation auf, um Unterschiede zwischen Unternehmen mit und ohne Breitband zu untersuchen. Die Analyse basiert auf Daten der Deutschen Telekom zur DSL-Verfügbarkeit in Deutschland, sowie auf Daten der bundesweiten IKT-Erhebung des ZEW. Befragt wurden jeweils rund 4.500 Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes und ausgewählter Dienstleistungsbranchen mit mindestens fünf Beschäftigten.

Im Jahr 2002 nutzen durchschnittlich 61 Prozent der Unternehmen Breitbandinternet (DSL oder Standleitung). Unternehmen mit Breitband haben durchschnittlich einen höheren Umsatz und mehr Beschäftigte sowie einen höheren Anteil an Beschäftigten, die überwiegend an einem Computer arbeiten. Zudem befindet sich unter den Breitbandnutzern ein höherer Anteil an Un-

ternehmen, die intern neue oder merklich verbesserte Prozesse eingeführt haben (Prozessinnovation) oder neue oder merklich verbesserte Produkte oder Dienstleistungen auf den Markt gebracht haben (Produktinnovation). Ein Innovationserfolg liegt vor, wenn mindestens eine Prozess- oder Produktinnovation in den Jahren 2001 bis 2003 realisiert wurde.

Hoher Innovationserfolg

Die ökonometrischen Analysen zeigen, dass Breitbandinternet die Realisierung von Produkt- und Prozessinnovationen in der frühen Phase des DSL-Ausbaus signifikant gefördert hat. Unternehmen, die Breitbandinternet nutzten, realisierten im Zeitraum 2001 bis 2003 mit einer um durchschnittlich 25 Prozentpunkte höheren Wahrscheinlichkeit mindestens eine Prozessinnovation als ohne Breitbandinternet. Etwa genau so groß ist dieser Effekt bei den Produktinnovationen. Breitbandinternet hat folglich Impulse für neue und merklich verbesserte Prozesse, Produkte und Dienstleistungen gesetzt. Dies verdeutlicht den Beitrag des Breitbandinternets zur Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen in Deutschland.

Bei der aktuell geführten Diskussion um höhere Breitbandgeschwindigkeiten und den Ausbau der Breitbandinfrastruktur stellt sich die Frage, ob aus solchen Verbesserungen ähnlich positive Effekte entstehen werden, wie man sie für die Einführung von DSL feststellen kann. Neue Dienste, wie zum Beispiel die Auslagerung von Rechenkapazität ins Internet, erfordern hohe Bandbreiten für einen schnellen Zugriff. Ob der Übergang zu höheren Bandbreiten der Innovationsaktivität von Unternehmen weiteren Schub geben wird, kann derzeit zwar vermutet werden, ist aber noch zu überprüfen.

Weitere Informationen:
www.zew.de/breitbandstudie2010

Dr. Irene Bertschek, bertschek@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Bachelor-Abschluss führt bislang kaum zu steigender Anzahl von Studierenden

Die Einführung der Bachelor- und Master-Abschlüsse an deutschen Hochschulen hat Wellen geschlagen. Im letzten Jahr demonstrierten die Studierenden vielerorts gegen schlechte Bedingungen im Bachelor-Studium. Im Mittelpunkt ihres Protests stehen insbesondere die Verkürzung des Studiums und das damit einhergehende hohe Arbeitspensum. Ein erklärtes Ziel der verkürzten Studiendauer ist es allerdings, die Anzahl der Hochschulabsolventen zu erhöhen, um so dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken. Inwiefern die Bologna-Reform in den ersten Jahren der Umstellung dieses Ziel erreicht, untersucht eine neue Studie des ZEW.

Die Studie (ZEW Discussion Paper Nr. 10-018) basiert auf einer Studentenstatistik des Statistischen Bundesamtes und umfasst alle Studierenden in Deutschland. Für die empirischen Analysen werden die Daten auf Fachbereichsebene aggregiert und getrennt nach Fächern ausgewertet. Berücksichtigung finden sowohl die stark vom Fachkräftemangel betroffenen MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) sowie wirtschafts- und geisteswissenschaftliche Fächer. Medizin, Rechtswissenschaften und Lehramtsstudiengänge wurden nicht betrachtet, da diese Fachrichtungen weiterhin mit einem Staatsexamen abschließen. Der Betrachtungszeitraum bezieht sich auf die Jahre der Bachelor-Einführung zwischen 1998 und 2006.

Erste Zwischenbilanz

Da der Zeitpunkt der Umstellung auf die neuen Abschlüsse den Fachbereichen überlassen wurde und der Umstellungsprozess noch nicht abgeschlossen ist, konnten die Studierenden während des Betrachtungszeitraums zwischen Fachbereichen mit traditionellem Studienprogramm und Fachbereichen, die bereits einen Bachelor-Abschluss anbieten, wählen. Die Studie ist daher als Zwischenergebnis für die ersten Jahre des Reformprozesses einzustufen. Die empirischen Analysen untersuchen auf Fachbereichsebene, inwiefern sich nach der Einführung des Bachelor-

abschlusses die Studienanfängerzahlen verändert haben. Zusätzlich betrachtet die Studie die Abbrecherrate nach dem ersten Studienjahr.

Kein Anreiz zur Studienaufnahme

Die Ergebnisse des ZEW zeigen für die meisten Fächer keinen signifikanten Zusammenhang der Bologna Reform mit der Anzahl der Studienanfänger oder Studienabbrecher. Die Reform

nen sind die Anfängerzahlen in den Fachbereichen, die bereits den Bachelor-Abschluss eingeführt haben, sogar signifikant niedriger.

Hohe Reputation des deutschen Diplom-Abschluss

Eine mögliche Interpretation dazu ist, dass die Studierenden dieser Fächer die traditionellen Diplom-Abschlüsse vorziehen, da diese insbesondere in den ingenieur- und naturwissenschaftlichen Fächern national wie international hohe Reputation genießen. Diese Wahl zwischen den traditionellen und den neuen, zeitlich kürzeren Abschlüssen besteht für die Studierenden jedoch nur so lange bis noch nicht alle Fachbereiche auf das Bachelor-Master System umgestellt haben. Die langfristigen Ef-



Die Bologna Reform scheint die Studierenden nicht in die Hörsäle zu locken.

scheint also zu Beginn des Reformprozesses in der Regel nicht mit verbesserten Anreizen zur Aufnahme eines Studiums einher zu gehen. Ausnahmen sind jedoch die Fächer Elektrotechnik, Maschinen- und Wirtschaftsingenieurwesen sowie Physik. In diesen Diszipli-

nen scheinen die Anfänger- und die Abbrecherrate von den hier beschriebenen kurzfristigeren Ergebnissen während des Umstellungsprozesses abzuweichen.

Julia Horstschräer, horstschräer@zew.de
Dr. Maresa Sprietsma, sprietsma@zew.de

Nachgefragt: Unverbundene Jugendliche in Deutschland

Bildungsanstrengungen verbessern für benachteiligte Kinder und Jugendliche

Eine ZEW-Studie macht darauf aufmerksam, dass in Deutschland in den letzten Jahren etwa 13 Prozent der Jugendlichen in der Altersspanne zwischen 17 und 19 Jahren als unverbunden gelten – Tendenz steigend. In der Kohorte der 1990 Geborenen waren das etwa 130.000 Personen. Diese Jugendlichen besuchen keine Schule, gehen keiner regelmäßigen Arbeit nach und haben keine festen, länger andauernden Freundschaften. PD Dr. Friedhelm Pfeiffer, Bildungsökonom am ZEW, spricht über Ursachen und Folgen dieser Fehlentwicklung und plädiert für eine Abkehr des Gießkannenprinzips bei der staatlichen Förderung von Kindern und Jugendlichen.

Deutschland gilt als Bildungsrepublik. Nach Ihren Studien sind Zweifel angebracht?

Uns hat das Ausmaß der Unverbundenheit von Jugendlichen sehr erstaunt. 13 Prozent der Jugendlichen eines Jahrgangs, das ist schon eine bedenkliche Größenordnung. Es muss allerdings einschränkend hinzugefügt werden, dass dieser Wert aus einer Stichprobe aus dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) berechnet wurde, und daher auch etwas kleiner oder größer sein kann. Jedoch zeigt ein Blick in die offiziellen Bildungsstatistiken, dass das Ausmaß der Unverbundenheit eher unterschätzt wird. So weist der Sachverständigenrat in seinem jüngsten Gutachten darauf hin, dass beispielsweise acht Prozent der Kinder ei-

nes Jahrgangs überhaupt keinen Schulabschluss erwerben. Die PISA-Studien haben gezeigt, dass bis zu 20 Prozent der Jugendlichen nicht ausreichend lesen und rechnen können.

Woran liegt es, dass so viele Kinder und Jugendliche in der Schule große Probleme haben?

Unsere Analysen verdeutlichen, dass tiefer liegende Ursachen in der Familienumgebung zu finden sind. Es gelingt den Bildungseinrichtungen nicht, die enormen Unterschiede in der Qualität des Familienumfeldes auszugleichen. Die grundlegenden Fähigkeiten, die es ermöglichen, die Schule erfolgreich zu durchlaufen, werden in der Familie erworben. Gerade die frühen und ganz frühen Lebensphasen sind bereits wichtig für den Aufbau der weiteren Lern-

kapazitäten. Eine anregende und mitfühlende Umgebung in den ersten Lebensmonaten und Lebensjahren ist förderlich. Familienverhältnisse mit vielfältigen psychosozialen und sozio-ökonomischen Belastungen erschweren die Entwicklung. Vielfach erwerben Kinder in solchen Verhältnissen trotz ihrer vorhandenen Intelligenz nicht die Ausdauer und Selbstdisziplin, um in der Schule entsprechend mithalten zu können. Beispielsweise haben wir festgestellt, dass ein niedriger Bildungsstand der Eltern sowie instabile Familienverhältnisse in den ersten 15 Lebensjahren die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass Jugendliche in der Altersgruppe der 17 bis 19 Jährigen unverbunden sind.

Was bedeutet diese Entwicklung für den Wohlstand unserer Gesellschaft?

Für die Wirtschaft liegt ein Hauptproblem darin, dass die unverbundenen Jugendlichen ihre Potenziale an kognitiven Fähigkeiten – darunter Gedächtnisleistung, Informationsgeschwindigkeit, Assoziation und Logik – nicht ausschöpfen. Der Fachkräftemangel kann sich dadurch künftig weiter zuspitzen. Denn diese Fähigkeiten erreichen in der Altersphase von 17 bis 19 Jahren ihr Maximum. Fehlende Investitionen in dieser Zeit, in der der Kenntnis- und Wissenserwerb für die spätere berufliche Tätigkeit mit geringen Kosten verbunden ist, sind mit vielfältigen negativen Folgekosten verbunden, sowohl für die Jugendlichen wie auch für die moderne Volkswirtschaft. Ein zweites Hauptproblem ist eine mangelnde gesellschaftliche Integration. In dieser Altersphase erwerben Jugendliche Schul- und Berufsabschlüsse und erlernen wichtige Regeln und Normen des Zusammenlebens. Auch hier tun sich bei den unverbundenen Jugendlichen In-



PD Dr. Friedhelm Pfeiffer ist stellvertretender Leiter des Forschungsbereichs Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung am ZEW. Sein Forschungsinteresse gilt den Wirkungen optimierter Bildungsinvestitionen für individuelle und gesamtwirtschaftliche Erträge sowie den Ursachen und Konsequenzen des Erwerbs von kognitiven und nicht kognitiven Fähigkeiten im Lebenszyklus. Er koordiniert das mit Mitteln des Paktes für Forschung und Innovation geförderte Netzwerk „Nicht-

kognitive Fähigkeiten: Erwerb und ökonomische Konsequenzen“, eine Forschungskooperation mit den Universitäten Chicago und Konstanz sowie dem Zentrum für Bildungsökonomik in London, dem Zentralinstitut für Seelische Gesundheit in Mannheim und dem Sozio-oekonomischen Panel in Berlin.

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE

vestitionsdefizite auf, die später nur mit erheblichem Mehraufwand für die Jugendlichen und die Gesellschaft ausgeglichen werden können.

Wie kann die Abwärtsspirale aufgehalten werden?

Einerseits müssen die Jugendlichen, die heute unverbunden sind, die Möglichkeit erhalten, Investitionslücken zu

schließen. Die dafür benötigten staatlichen Mittel sollten strikt auf benachteiligte Jugendliche konzentriert werden, damit sie auch tatsächlich wirken. Andererseits müssen mehr vorsorgende Maßnahmen ergriffen werden, um möglichst die Benachteiligungen auszugleichen, die schon viel früher, in der Kindheit, beginnen. Diese Mittel müssen auf-

gestockt werden und möglichst auf die durch ihre Familienumgebung am stärksten benachteiligten Kinder fokussiert werden. Langfristig, darauf deuten viele Forschungsergebnisse hin, erwirtschaften diese Mittel hohe individuelle und gesellschaftliche Erträge.

PD Dr. Friedhelm Pfeiffer, pfeiffer@zew.de
Kathrin Böhmer, boehmer@zew.de

Anpassungskosten an den Klimawandel

Die Diskussion um den Klimawandel dreht sich meist um die Vermeidung von Treibhausgasen. Daneben wird es in Zukunft jedoch unausweichlich, mit dem Klimawandel zu leben, das heißt sich an neue klimatische Bedingungen anzupassen. Doch wie hoch sind die Kosten dieser Anpassung in Europa und in welcher Höhe werden sie vom Staat übernommen? Obwohl die Ergebnisse aufgrund des großen Zeithorizonts und der ungewissen klimatischen und ökonomischen Entwicklungen durch hohe Unsicherheit geprägt sind, soll eine erste Analyse gewagt werden, die die Höhe der staatlichen Kosten von Anpassungsmaßnahmen in wichtigen Wirtschaftssektoren untersucht und quantifiziert.

Als Basis der theorie- und datengestützten Abschätzung des staatlichen Anteils an den Anpassungsaktivitäten dient eine systematische Literaturstudie, die die verfügbaren Kostenschätzungen für die Klimaanpassung zusammenfasst. Darüber hinaus werden die Motive für staatliches Handeln bei der Anpassung herausgearbeitet. Neben direkten Effekten auf die öffentlichen Finanzen müssen ferner sekundäre Auswirkungen berücksichtigt werden, etwa in Form von verändertem Steueraufkommen durch privatwirtschaftliche Anpassung.

Landwirtschaft: Hier ist hauptsächlich von privat finanzierten Anpassungskosten auszugehen, etwa weil der Klimawandel die Bauern selbst veranlassen wird, das Saatgut an neue Bedingungen anzupassen. In der Informationsbereitstellung – unter anderem zur Dynamik des Klimawandels – sowie der Grundlagenforschung – beispielsweise zu veränderten Rahmenbedingungen bei Feldbau und Viehhaltung – wird der Staat jedoch aktiv werden müssen. Auf der Basis von Schätzungen mit unter-

schiedlichen Szenarien für das Jahr 2030 ergeben sich öffentliche Kosten für die Staaten Westeuropas zwischen 25 und 145 Millionen Euro.

Bis zu vier Milliarden Euro jährlich für den Küstenschutz

Küstenschutz: Dieser gilt als öffentliches Gut und ist somit von relativ hohem staatlichem Engagement geprägt. In Europa werden nur in Ausnahmefällen privatwirtschaftliche Akteure in die Finanzierung dieses Bereichs eingebunden. Die Anpassungskosten an den Klimawandel – etwa in Form von verstärkten Deichen und neuen Bautechniken – sind somit im Vergleich zu anderen Sektoren relativ hoch anzusetzen. Für Westeuropa belaufen sie sich auf bis zu vier Milliarden Euro pro Jahr für die 2060er Jahre, wobei hier besonders hohe Unsicherheiten auf Grund der unklaren Entwicklung des Meeresspiegels bestehen.

Wasser: Die öffentliche Wasserver- und -entsorgung muss langfristig an geänderte klimatische Bedingungen an-

gepasst werden. Obwohl hier auch privatwirtschaftliche Unternehmen aktiv sind, kann in Europa von einer gewissen Belastung für die öffentlichen Haushalte ausgegangen werden, unter anderem um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Die staatlichen Kosten belaufen sich für Westeuropa auf bis zu 665 Millionen Euro pro Jahr in den 2060er Jahren.

Gesundheitssektor: Öffentliche Aufgaben in der Anpassung der Gesundheitssysteme sind vor allem im Aufbau von Frühwarnsystemen vor Hitzewellen, in der Forschung und Beobachtung von klimatisch bedingten Erkrankungen sowie der Informationsbereitstellung zu sehen. Wie sich der Klimawandel auf die öffentlichen Haushalte auswirkt, wird allerdings sehr unterschiedlich beurteilt. Die Spannweite europäischer Schätzungen reicht von Kosteneinsparungen durch weniger kältebedingte Krankheiten in Höhe von 450 Millionen Euro pro Jahr in den 2060er Jahren bis hin zu zusätzlichen Kosten durch hitzebedingte Gesundheitsbelastungen in gleicher Höhe für den Zeitraum 2010 bis 2050.

Energieversorgung: Sie ist nicht nur in die Vermeidung von Treibhausgasen eingebunden. Auch die Anpassung an geänderte Klimabedingungen ist unvermeidlich. So müssen die Leitungsnetze neu ausgerichtet werden, um zunehmenden, extremen Wetterereignissen standzuhalten. Ferner müssen die Versorger in die Erforschung neuer Kühltechnologien investieren. Die öffentliche Hand

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE

wird hierbei voraussichtlich nur eine untergeordnete Rolle spielen. So sind eher geringe öffentliche Kosten in Höhe von bis zu 50 Millionen Euro im Jahr 2050 für die EU27 plus Norwegen und Schweiz zu erwarten.

Weniger heizen – mehr kühlen

Energienachfrage: Die Nachfrage nach Heiz- und Kühlenergie wird sich durch den Klimawandel ändern. Während Regionen mit derzeit hohen Heizkosten entlastet werden, wird in wärmeren Ländern der Effekt höherer Kühlkosten überwiegen. Die möglichen Auswirkungen auf die öffentlichen Kassen reichen von Mehrkosten von einer Milliarde Euro pro Jahr (nach einer Studie für das Gebiet der EU12) bis zu Einsparungen von 2,7 bis 4,2 Milliarden Euro im Jahr 2050 (in der EU27 plus Norwegen und Schweiz).

Transport: Beim Transportsektor wurde ausschließlich das Straßennetz betrachtet. Da dieses hauptsächlich in öffentlicher Hand ist, werden für die Anpassung im Transportsektor hohe staatliche Kosten erwartet. Nach der verfügbaren Literatur können diese im Jahr



Europa muss sich auf den Klimawandel einstellen – das kann teuer werden.

2050 2,9 bis 5,8 Milliarden Euro in den EU27-Staaten plus Norwegen und Schweiz betragen.

Hoher Forschungsbedarf

Die Analyse macht deutlich, dass künftig besonders in den Sektoren Transport und Küstenschutz hohe öffentliche Kosten für die Anpassung zu erwarten sind. In der Landwirtschaft entstehen ebenfalls hohe Kosten, die aber größtenteils privatwirtschaftlich ge-

tragen werden. Im Gesundheitssektor und bei der Energienachfrage ist nicht klar, ob es zu positiven oder negativen Effekten kommt.

Im Gesamtbild zeigt die Analyse einen hohen Forschungsbedarf im Bereich der Kostenabschätzung von Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel und die möglicherweise hohe Relevanz des Themas für die zukünftige Planung der öffentlichen Haushalte in Europa.

Daniel Osberghaus, osberghaus@zew.de
Christiane Reif, reif@zew.de

ZEW INTERN

Neues ZEW-Seminarprogramm erschienen

Das neue ZEW-Seminarprogramm ist erschienen. Vom Oktober 2010 bis Juni 2011 bietet das ZEW wieder zahlreiche Expertenseminare und Symposien an:

Expertenseminare und Symposien zeichnen sich dadurch aus, dass sie gemeinsam von Wissenschaftlern und erfahrenen Praktikern konzipiert und durchgeführt werden. So geben die Seminarinhalte den neuesten Stand der Forschung wieder und sind gleichzeitig mit praxisrelevanten Beispielen angereichert. Bei über 50 Veranstaltungen im Jahr, reicht das Themenspektrum von Ökonometrie über Finanzmarktmanage-

ment, Unternehmensführung und Organisation sowie Steuern bis hin zu Soft Skills wie Präsentationstechniken.

Wie in den letzten Jahren werden bewährte Klassiker wie „Volkswirtschaftliche Daten kompetent interpretieren“ oder das „Qualifizierungsprogramm Ökonometrie“ angeboten. Neu im Programm ist ein Soft-Skills-Qualifizierungsprogramm für WissenschaftlerInnen. Außerdem finden sich neue Expertenseminare zur Einführung von Juristen in die Wettbewerbsökonomik, zum Thema „Social Return on Investment“ und „Mitarbeitermotivation für Führungs-

kräfte“. Zudem wird 2010 am ZEW, gemeinsam mit der Gesellschaft Energiewissenschaft und Energiepolitik (GEE), ein neues Symposium mit dem Schwerpunkt „Green IT“, stattfinden.

Das Weiterbildungsangebot des ZEW umfasst außerdem Qualifizierungsmaßnahmen in deutscher und englischer Sprache, die speziell nach den individuellen Bedürfnissen von Unternehmen und Institutionen entwickelt werden. Weitere Informationen im Internet unter: www.zew.de/weiterbildung oder bei Katrin Cerquera, Tel. 0621/1235-245, E-Mail k.cerquera@zew.de

ZEW SUMMER WORKSHOP

Erwartungen und Erwartungsbildung an Finanzmärkten

Vom 15. bis 17. Juni 2010 veranstaltete das ZEW zum zwölften Mal seinen „Summer Workshop for Young Economists“. Dieses Jahr richtete der ZEW-Forschungsbereich Internationale Finanzmärkte und Finanzmanagement die Veranstaltung aus. Im Mittelpunkt des Workshops stand das Thema „Erwartungen und Erwartungsbildung an Finanzmärkten“. Das ZEW konnte die Stiftung Geld und Währung für die finanzielle Unterstützung der Veranstaltung gewinnen.



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des ZEW Summer Workshop 2010.

Der Workshop bot 14 jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern die Möglichkeit, ihre Forschungsarbeiten vorzustellen und zu diskutieren. Einige Teilnehmer nahmen lange Reisewege in Kauf: Ein Wissenschaftler reiste aus Chile an, drei weitere aus den Vereinigten Staaten. Feedback und Anregungen zu ihren Arbeiten erhielten die Nachwuchsforscher von drei international renommierten Wissenschaftlern, die als Dozenten am Summer Workshop teilnahmen: Christian Gollier von der Universität Toulouse, Peter Norman Sørensen von der Universität Kopenhagen, und Kajal Lahiri von der Universität Albany, SUNY.

Die drei Dozenten boten in je zwei 90 minütigen Vorträgen Einblick in ihre Forschungsarbeit. Peter Norman Sørensen befasste sich unter anderem damit, wie Experten ihre subjektiv besten Prognosen verzerren, um als gute Prognostiker dazustehen. Christian Gollier be-

schäftigt sich mit „optimalen Erwartungen“. Darunter versteht Gollier, dass Menschen ihre Vorfreude steigern, in-

dem sie sich entscheiden, die zufallsbehafteten wünschenswerten Ergebnisse ihrer Handlungen für wahrscheinlicher zu halten als die weniger wünschenswerten. Kajal Lahiri forscht zum ökonometrischen Umgang mit Erwartungsdaten. Ihm geht es dabei darum, ein besseres Verständnis für die Heterogenität individueller Erwartungen zu erreichen.

Experimentelle Finanzmärkte

Die Beiträge der jungen NachwuchswissenschaftlerInnen beleuchteten den Themenkomplex „Erwartungen und Erwartungsbildung an Finanzmärkten“ aus unterschiedlichen Perspektiven. Sie thematisierten unter anderem den Einfluss verschiedener Formen der Erwartungsbildung auf die ökonomische Wirksamkeit von Geldpolitik, die Erwartungsbildung in experimentellen Finanzmärkten sowie die Vorhersage von ökonomischen Größen unter Zuhilfenahme von Erwartungsdaten.

Frieder Mokinski, mokinski@zew.de

Xuguang Sheng erhält Heinz-König-Young-Scholar-Award 2010



Im Rahmen des ZEW Summer Workshops 2010 wurde der Heinz-König-Young-Scholar-Award an Xuguang Sheng aus den Vereinigten Staaten verliehen. Sheng ist Dozent an der American University in Washington D.C. Seine prämierte Forschungsarbeit beschäftigt sich mit dem Zusammenhang von ökonomischer Unsicherheit und der Streuung von Expertenprognosen. Im Mittelpunkt seines Papers stehen die Fragen, warum Wirtschaftsexperten so

häufig verschiedener Meinung sind und in welchem Zusammenhang ihre Uneinigkeit mit den Risiken für die künftige wirtschaftliche Entwicklung steht. Mit dem nach dem 2002 verstorbenen Gründungsdirektor des ZEW, Prof. Dr. Dr. h.c. Heinz König, benannten Heinz König Young Scholar Award werden hervorragende empirische Arbeiten junger Wirtschaftswissenschaftler gewürdigt. Der Award ist mit einem Preisgeld von 5.000 Euro dotiert und beinhaltet das Angebot eines mehrmonatigen Forschungsaufenthalts am ZEW. In diesem Jahr wurde der Preis von der Deutschen Telekom gestiftet.

Steuerorientierte Bewertung

Das ZEW und die Universität Mannheim begrüßten am 22. Juni 2010 etwa 100 Teilnehmer zum diesjährigen Mannheimer Unternehmenssteuertag. Im Rahmen dieser jährlich stattfindenden Veranstaltung widmen sich namhafte Referenten aus Wissenschaft, Praxis und Finanzverwaltung aktuellen Fragen der nationalen und internationalen Unternehmensbesteuerung. In diesem Jahr standen praxisrelevante Fragen der steuerorientierten Bewertung im Mittelpunkt.

Prof. Dr. Christoph Spengel (Universität Mannheim und ZEW) eröffnete die Veranstaltung und begrüßte die Teilnehmer. In einem ersten Vortrag erläuterte Dr. Martin Jonas (Warth & Klein AG) das Zusammenspiel von Unternehmensbewertung und Besteuerung. Der Referent

steuerreform 2008, die auf Grund ihrer krisenverschärfenden Wirkung in Kritik geraten waren. Darüber hinaus erörterte Schmitt die Konsequenzen des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes für die steuerliche Gewinnermittlung und ging auf Änderungen im Bereich der Umsatz-

Einschätzung des Referenten, die aktuelle Steuerbilanzpolitik zunehmend darauf ausgerichtet, Verluste zu vermeiden und Volatilitäten weitgehend zu glätten, um dadurch unter anderem Verlustvorträge oder EBITDA -Vorträge zu schützen.

Analyse von Fallstudien

Auf die Vortragsrunde folgte eine Podiumsdiskussion mit den genannten Referenten sowie Prof. Dr. Andreas Schumacher (Flick Gocke Schaumburg) und Prof. Dr. Christoph Spengel. Kritische Punkte der Vorträge wurden diskutiert und Fragen aus dem Auditorium beantwortet.

Die Möglichkeit zur Vertiefung spezieller Inhalte bot sich am Nachmittag im Rahmen der Analyse von Fallstudien. Stefan Ditsch (PricewaterhouseCoopers AG) und Prof. Dr. Michael Schaden (Ernst & Young GmbH) diskutierten mit den Teilnehmern die Möglichkeiten einer Verlustnutzung durch Steuergestaltung. Regierungsdirektor Ralf Neumann (Oberfinanzdirektion Rheinland) und Prof. Dr. Andreas Schumacher analysierten erste praktische Erfahrungen mit der Entschärfung des § 8c Körperschaftsteuergesetz. Im Fokus des dritten Workshops, geleitet von Oliver Dörfler (KPMG Deutsche Treuhand AG) und Ministerialrat Dietrich Weilbach (Finanzministerium Baden-Württemberg), standen Fälle zum Wachstumsbeschleunigungsgesetz.

Der diesjährige Unternehmenssteuertag machte deutlich, dass sich aus dem Zusammenspiel der Wirtschaftskrise mit wesentlichen Änderungen der steuerlichen Rahmenbedingungen besondere Herausforderungen für steuerliche Bewertungsfragen ergeben. Handlungsmöglichkeiten und -grenzen für die steuerliche Bewertung konnten im intensiven Dialog zwischen Vertretern der Wissenschaft, der Praxis und der Finanzverwaltung aufgezeigt werden.

Katharina Finke, finke@zew.de



Anhand von Fallstudien diskutierten die Teilnehmer Fragen der steuerorientierten Bewertung.

rent illustrierte anhand des „Tax Capital Asset Pricing Models“ die Wirkungen der Unternehmensteuerreform 2008 auf den Unternehmenswert. Er stellte insbesondere den möglichen Einfluss der abgeltenden Besteuerung von Zinsen, Dividenden und Kursgewinnen auf den Unternehmenswert heraus.

Mittelfristige Reformziele

Aktuelle Steueränderungen sowie weiterhin bestehender Reformbedarf standen im Fokus des Vortrags von Prof. Dr. Michael Schmitt (Finanzministerium Baden-Württemberg). Der Referent gab zunächst einen Überblick über die Modifikationen wesentlicher Gegenfinanzierungsinstrumente der Unternehmen-

und Erbschaftsteuer ein. In einem kurzen Ausblick hob der Referent abschließend die Reform der Kommunal Finanzen, die Vereinfachung der steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung sowie die Verlustverrechnung als mittelfristige Reformziele hervor.

Dr. Florian Schultz (PricewaterhouseCoopers AG) erläuterte aus Sicht der Transaktionsberatung aktuelle Entwicklungen im Bereich der steuerorientierten Bewertung. Dabei skizzierte er zunächst die aktuellen Herausforderungen für die steuerliche Bewertung, die sich aus volatilen Unternehmensergebnissen, der Rolle des Beraters als Dienstleister und der zunehmenden Besteuerung ertragsunabhängiger Elemente ergeben. Auf Grund dieser Entwicklungen sei, nach

ZEW KONFERENZ

Konferenz zu Plattformmärkten

Vom 31. Mai bis zum 2. Juni 2010 veranstaltete das ZEW zusammen mit der Universität Mannheim, dem Mannheim Centre for Competition and Innovation und dem Sonderforschungsbereich Transregio 15 eine Konferenz zu den wettbewerbs- und regulierungsökonomischen Implikationen von Plattformmärkten. An der Konferenz nahmen 85 Wissenschaftler und Praktiker aus 16 Ländern teil.

Unternehmen in Plattformmärkten sehen sich mit unterschiedlichen Gruppen von Teilnehmern konfrontiert, deren Nachfrageverhalten interdependent ist. Ein anschauliches Beispiel für einen Plattformmarkt ist der Kreditkartenmarkt. Der Besitz und die Akzeptanz der Kreditkarte ist Zugangsvoraussetzung, quasi die Plattform, um in den Markt einzutreten. Als Marktteilnehmer stehen auf der einen Seite beispielsweise Einzelhändler oder Restaurants, die eine bestimmte Kreditkarte als Zahlungsmittel akzeptieren. Auf der anderen Seite befinden sich die Kunden, die diese Karte als Zahlungsmittel nutzen. Um erfolgreich zu sein, müssen Unternehmen in Plattformmärkten diese ‚Mehrseitigkeit‘ in ihrem Handeln berücksichtigen, etwa bei der Preissetzung. Aus volkswirtschaftlicher Sicht werfen die Charakteristika von Plattformmärkten die Frage auf, ob und wie diese im Rahmen wettbewerbspolitischer Analysen Berücksichtigung finden und wie eventuell staatliche Regulierungseingriffe ausgestaltet werden sollten.

Marc Rysman (Boston University) fasste sich in seinem Vortrag mit der

Preissetzung auf Börsen für Sammelkarten. Mit Hilfe eines umfangreichen Datensatzes für so genannte Sportcard Conventions in den Vereinigten Staaten untersuchte er, ob die Theorie der Preissetzung in Plattformmärkten in diesem spezifischen Markt Bestätigung findet. Die Organisatoren der Börsen fungieren dabei als Plattform, die einerseits die Eintrittsgebühren für die Sammler und andererseits die Teilnahmegebühren für die Verkäufer festlegen müssen. Rysman zeigte einerseits, dass die Eintrittspreise für Sammler abhängig sind von der Intensität des Wettbewerbs durch andere Börsen. Andererseits fand er heraus, dass die Festlegung der Teilnahmegebühren für Verkäufer einem komplexeren Muster folgt. Sie zeigen keine Reaktion auf das Vorliegen von Wettbewerb in kurzen und mittleren Entfernungen, während sie im Falle längerer Entfernungen (größer als 100 Meilen) mit zunehmendem Wettbewerb sogar ansteigen. Diese Ergebnisse stehen im Einklang mit der Theorie der Preissetzung in Plattformmärkten, können aber nur schwer mit alternativen theoretischen Modellen erklärt werden.

Simon Anderson (University of Virginia) untersuchte die Frage der optimalen Preissetzung in Medienmärkten. Am Beispiel des Marktes für Nachrichtenmagazine ging er von der Beobachtung aus, dass manche Kunden nur ein Magazin erwerben, während andere verschiedene Magazine nachfragen. Grundsätzlich hängt das Ausmaß eines solchen Verhaltens von den Preisen sowie der Qualität der jeweiligen Zeitschriften ab.

Auf den ersten Blick ist zu vermuten, dass eine höhere Qualität der Berichte in den jeweiligen Magazinen die Wahrscheinlichkeit eines Kaufs erhöht. Anderson zeigte jedoch, dass das Gegenteil zutreffen kann. Dies liegt daran, dass eine höhere Qualität zwar die Attraktivität der Magazine erhöht, aber gleichzeitig die Notwendigkeit für wissbegierige Leser senkt, beide Magazine zu erwerben. Anderson erläuterte weiter, dass es für beide Magazine eine dominante Strategie darstellen kann, unter Gewährleistung einer hinreichend guten Qualität die Preise soweit anzuheben, dass entweder niemand mehr oder nur noch diejenigen Konsumenten beide Magazine kaufen werden, die ein sehr starkes Interesse an einer zweiten Meinung haben.

Juniorprof. Dr. Kai Hüschelrath,
hueschelrath@zew.de

Gordon Klein, klein@zew.de

ZEW INTERN

ZEW-Umweltökonom Andreas Löschel in Autorenteam für Weltklimareport der UN berufen



PD Dr. Andreas Löschel ist einer von 36 Klimaforschern aus Deutschland, die ihre Expertise in den nächsten Weltklimareport der Vereinten Nationen ein-

bringen werden, der zwischen Juni 2013 und März 2014 erscheinen soll. Der Leiter des Forschungsbereichs Umwelt- und Ressourcenökonomik am ZEW ist als Leitautor für den fünften Sachstandsbericht des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) benannt worden. Am fünften IPCC-Sachstands-

bericht werden rund um den Globus etwa 830 Autoren mitarbeiten, die aus über 3.000 Nominierten ausgewählt wurden. Löschel ist Leitautor in der Arbeitsgruppe III "Vermeidung des Klimawandels", wo er sich hauptsächlich in das Kapitel zur Beurteilung von Übergangsszenarien einbringen wird.

ZEW INTERN

Friedrich Heinemann habilitiert

PD Dr. Friedrich Heinemann, Leiter des ZEW-Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft, hat im Juli 2010 von der Universität Heidelberg die Lehrbefugnis für das Fach Volkswirtschaftslehre erhalten. In seiner Habilitationsschrift hat er unter anderem untersucht, welchen Einflüssen Parlamentarier in ihren steuerpolitischen Entscheidungen unterliegen. Sein Habilitationsvortrag widmete sich der Frage, inwieweit Verhaltensweisen von Steuerzahlern und Sozialhilfeempfängern nur vom Eigennutz oder auch von sozialen Normen beeinflusst werden.

ZEW-Wissenschaftler als Juniorprofessor berufen

Prof. Dr. Felix Schindler, Wissenschaftler des Forschungsbereichs Internationale Finanzmärkte und Finanzmanagement am ZEW, wurde als Juniorprofessor an die Steinbeis Hochschule Berlin berufen. Die Juniorprofessur ist dem Zentrum für Finanzen, Banken und Real Estate an der School of Management and Innovation zugeordnet. Schindlers Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Immobilien als Kapitalanlage und Immobilienfinanzierung.

TERMINE

Autonomie und Flexibilität in der Wissenschaftsadministration

Gemeinsam mit dem Zentralinstitut für Seelische Gesundheit (ZI) veranstaltet das ZEW am 18. Oktober 2010 ein Symposium zur „Autonomie und Flexibilität in der Wissenschaftsadministration“. Experten und Entscheider aus Hochschulen, Forschungseinrichtungen sowie Universitätskliniken und Vertreter von Zuwendungsgebern erörtern unter anderem, an welchen Stellschrauben wissenschaftliche Einrichtungen in Deutschland drehen können, um im internationalen Wettbewerb um Ressourcen konkurrieren zu können. Es wird ferner diskutiert werden, wie Zielkonflikte zwischen staatlichem Haushaltsrecht und flexiblem Verwaltungshandeln vermieden werden und welche „Best Practice“ Beispiele es für erfolgreiche Wissenschaftsadministration gibt.

Nähere Information unter www.zew.de/veranstaltung1305 und bei Vera Pauli, Telefon 0621/ 1235-240, Email pauli@zew.de

GEE/ZEW Energiesymposium zum Thema Green IT

Am 23. November 2010 richten die Gesellschaft für Energiewissenschaft und Energiepolitik (GEE) und das ZEW zum dritten Mal das Mannheimer Energiesymposium aus. Unter dem Thema „Green IT – ein wirksamer Beitrag zu höherer Energieeffizienz?“ soll ausgelotet werden, welche Rolle Green IT tatsächlich für den effizienteren Umgang mit Energie spielt. Das Energiesymposium richtet sich an Vertreter von Behörden sowie an Wissenschaftler aus den Bereichen Informatik, Ökonomie und Politik mit Bezug zur energiewirtschaftlichen Forschung.

Nähere Information unter www.energiesymposium.de und bei Vera Pauli, Telefon 0621/ 1235-240, Email pauli@zew.de

ZEW DISCUSSION PAPERS

Nr. 10-055, Simon Koesler: Pollution Externalities in a Schumpeterian Growth Model.

Nr. 10-054, Nicole Gürtzgen, Anja Heinze: Should Low-wage Workers Care about where they Work? Assessing the Impact of Employer Characteristics on Low-wage Mobility.

Nr. 10-053, Irene Bertschek, Jenny Meyer: IT is Never too Late for Changes? Analysing the Relationship Between Process Innovation, IT and Older Workers

Nr 10-052, Sarah Borgloh, Astrid Dannenberg, Bodo Aretz: Experimental Evidence of Donors' Preferences for Charities.

Nr. 10-051, Felix Schindler, Svitlana Voronkova: Linkages between International Securitized Real Estate Markets: Further Evidence from Time-Varying and Stochastic Cointegration.

Nr. 10-050, Tom Krebs, Martin Scheffel: A Macroeconomic Model for the Evaluation of Labor Market Reforms.

Nr. 10-049, Alessandro Tavoni, Astrid Dannenberg, Andreas Löschel: Coordinating to Protect the Global Climate: Experimental Evidence on the Role of Inequality and Commitment.

Nr. 10-048, Heide Fier, Andreas Pyka: Against the One-way-street: Analyzing Knowledge Transfer from Industry to Science.

Nr. 10-047, Julia Horstschräer, Grit Müller: School Entrance Recommendation: A Question of Age or Development?

Nr. 10-046, Daniel Osberghaus, Christiane Reif: Total Costs and Budgetary Effects of Adaptation to Climate Change: An Assessment for the European Union.

Nr. 10-045, Sandra Schmidt, Dieter Nautz: Why Do Financial Market Experts Misperceive Future Monetary Policy Decisions?

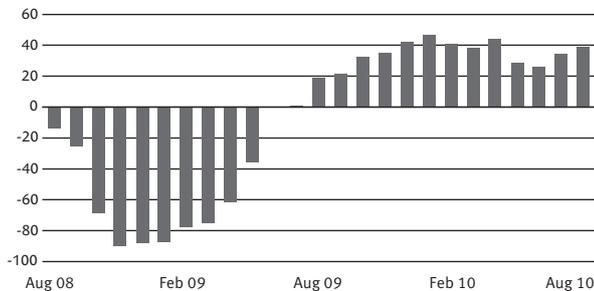
Nr. 10-044, Ulrich Oberndorfer, Victoria Alexeeva-Talebi, Andreas Löschel: Understanding the Competitiveness Implications of Future Phases of EU ETS on the Industrial Sectors.

Nr. 10-043, Anja Heinze: Beyond the Mean Gender Wage Gap: Decomposition of Differences in Wage Distributions Using Quantile Regression.

Nr. 10-042, Katja Coneus, Katrin Schleife: Online But Still Divided - Inequality in Private Internet Use in Germany.

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im August 2010

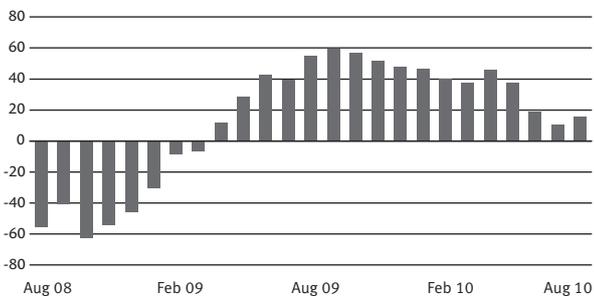


Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

EZB: Keine Zinsschritte erwartet

Die Mehrheit der Finanzmarktexperten geht davon aus, dass Zinserhöhungen durch die EZB weiterhin auf sich warten lassen. In der Tat geben die jüngsten Inflationszahlen wenig Anlass zu Zinserhöhungen: Im vergangenen Juli lag die Inflationsrate in der Eurozone bei 1,7 Prozent. In Deutschland ist sie mit einem Niveau von 1,2 Prozent sogar noch niedriger. Auch für die kommenden sechs Monate gehen die vom ZEW befragten Experten überwiegend von einer in etwa konstanten Inflationsrate in der Eurozone sowie in Deutschland aus.

Christian D. Dick, dick@zew.de



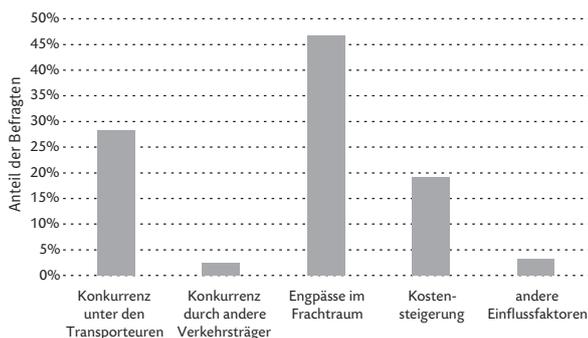
Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunkturerwartungen im Euroraum. Quelle: ZEW

Eurozone: Konjunkturlokomotive Deutschland

Im Monat August nähern sich die Konjunkturerwartungen auf Sicht von sechs Monaten für Deutschland und die Konjunkturerwartungen für die Eurozone wieder an. Der Saldo für die Konjunkturerwartungen für die Eurozone liegt sogar mit 15,8 Punkten leicht oberhalb des Niveaus der deutschen Konjunkturerwartungen (14,0 Punkte). Dies dürfte damit zusammenhängen, dass Deutschland derzeit die Rolle der Konjunkturlokomotive übernommen hat, die die anderen Länder mit einer zeitlichen Verzögerung ein Stück weit mitzieht.

Christian D. Dick, dick@zew.de

Straßengüterverkehr: Engpässe im Frachtraum

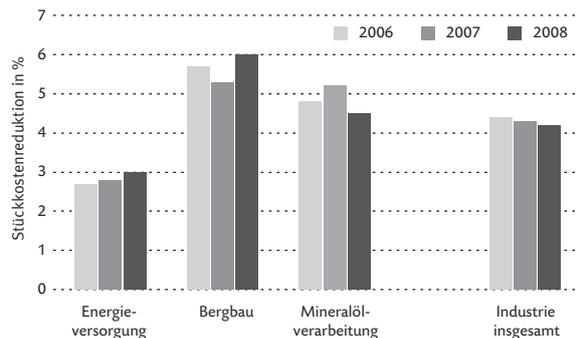


Quelle: ZEW

Die Experten des TransportmarktBarometers wurden gefragt, welche Einflussfaktoren in den nächsten sechs Monaten für die Preisentwicklung in den verschiedenen Verkehrszweigen ausschlaggebend sein werden. Im Straßengüterverkehr wurde als Hauptfaktor Engpässe im Frachtraum angegeben. Die Debatte über Überkapazitäten an Lkw-Laderaum scheint folglich vorüber zu sein. Es folgten mit 28 Prozent aller Nennungen der intramodale Wettbewerb und mit 19 Prozent die Kostensteigerungen. Diese Einflussfaktoren dürften den Engpässen im Frachtraum in nächster Zeit entgegenwirken, sie jedoch nicht komplett kompensieren.

Dr. Claudia Hermeling, hermeling@zew.de

Hohe Rationalisierungseffekte durch Prozessinnovationen



Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel

Die Versorgungsbranche (Energie, Bergbau, Mineralöl) senkt mit Hilfe von neuen oder verbesserten Verfahren ihre durchschnittlichen Kosten je Produktionseinheit pro Jahr um rund 3,5 Prozent. Sehr hoch sind die Rationalisierungsfortschritte im Bergbau mit Kostensenkungsquoten von bis zu sechs Prozent pro Jahr. In der Mineralölverarbeitung konnten zuletzt durch Prozessinnovationen 4,5 Prozent an Kosteneinsparungen realisiert werden. Im Bereich der Energieversorgung sind die Kosteneinsparungen mit 3,0 Prozent etwas niedriger. In der deutschen Industrie wurden 2008 insgesamt Kosteneinsparungen von 4,2 Prozent erzielt.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de

STANDPUNKT



Zukunft

Die Zukunft ist offen und ungewiss. Dies scheint der Philosophie zu banal zu sein, als dass sie sich damit groß befasst. Gleichwohl haben wir es gemäß Immanuel Kant bei Menschen mit frei handelnden Wesen zu tun, denen sich zwar vorher diktieren lässt, was sie tun sollen, aber nicht vorherzusagen lässt, was sie tun werden (in: „Der Streit der Fakultäten“, 1794, 2. Abschnitt; das Zitat verdanke ich Otfried Höffe). Kurzum: Die Zukunft ist nicht vorhersehbar. Natürlich gibt es Naturgesetze, wie etwa die Schwerkraft. Wer einen Ball wirft, kann ziemlich sicher sein, dass dieser zu Boden fällt, es sei denn, der Gegenspieler fängt ihn vorher auf. Volleyballspieler können davon ein Lied singen.

Prognostiker sollen mithin etwas Unmögliches leisten, frei nach dem Motto: „Unmögliches wird sofort erledigt, Wunder dauern etwas länger“. Paradoxiertweise wissen viele Menschen, dass die Zukunft nicht vorhersehbar ist, aber sie konsultieren Prognosen am laufenden Band: Wetterprognosen, Prognosen über den Krankheitsverlauf, Stauprognosen und Konjunkturprognosen. Gar nicht erst zu reden von Mutmaßungen sehr unterschiedlicher Provenienz, angefangen seinerzeit beim Orakel von Delphi über heutzutage Horoskope in Illustrierten bis hin zur Wahrsagerin im Internet. Bei einschlägig bekannten Zukunftsforschern erfreuen sich Prognosen über das, was in zehn oder 20 Jahren sein wird, besonderer Beliebtheit. Denn der Prognosezeitraum ist kurz genug, um das Interesse der Leute zu wecken, jedoch weit genug, als dass sich dann noch jemand der seinerzeitigen (Fehl-)Prognosen erinnert.

Prognosen auf wissenschaftlicher Grundlage behelfen sich angesichts solcher Dilemmata damit, dass sie möglichen künftigen Ereignissen Wahrscheinlichkeiten zuordnen, graphisch veranschaulicht mit Hilfe von Konfidenzbändern. Das Fernsehen zeigt ein solches, schraffiert gezeichnetes Band für die Temperaturentwicklung, welches umso weiter nach außen gespreizt ist, je ferner der Prognosezeitpunkt liegt. Ähnlich gehen Konjunkturprognosen vor. So nützlich diese Bänder sind, so stößt ihre Aussagekraft recht schnell an Gren-

zen. Eine Prognose, dass die Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts im nächsten Jahr irgendwo zwischen null und fünf Prozent liegen wird, grenzt hinsichtlich des Informationswertes an Lächerlichkeit, obwohl statistisch vielleicht belegbar. Die Angabe von Bandbreiten ist bei Journalisten ohnehin nicht sehr beliebt und führt mitunter zu Verschlimmbesserungen, indem sie aus „zwischen 1.5 und 2.0 v.H.“ dann 1.75 v.H. machen, also eine noch größere Genauigkeit suggerieren als wenn die Prognose 1.8 v.H. gelautet hätte. Noch unbeliebter ist die von Konjunkturprognosen häufig verwendete Angabe $1\frac{3}{4}$ v.H., welche ein Intervall von 1.65 bis 1.84 v.H. angibt. Abgesehen davon, dass sich dies außerhalb der Zukunft noch nicht so recht herumgesprochen hat, streikt bei $1\frac{3}{4}$ regelmäßig die Setzerei der Zeitung und es erscheinen wieder die 1.75 v.H.

Prognosen stellen Momentaufnahmen dar, die möglichst alle verfügbaren und als relevant erachteten Informationen verwerten. Neue Informationen führen zu Revisionen der ursprünglichen Prognose, können sie im Extremfall sogar wertlos machen, vor allem wenn es – wie im Fall der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise – an einschlägigen Erfahrungswerten mangelt. Mit Jux und Dollerei hat das nichts zu tun. Davon abgesehen können sich Prognosen, beispielsweise einer vermeintlich bevorstehenden Rezession, entweder selbst bestätigen oder sich selbst widerlegen, falls wirksame Gegenmittel ergriffen werden.

All dies gilt es zu bedenken, wenn in den nächsten Wochen die Herbstwelle von Konjunkturprognosen über das Land rollt. Sie werden als Planungsgrundlage benötigt, denn die wenigsten Unternehmen und öffentlichen Haushalte können von einem Tag auf den anderen vor sich hin werkeln. Diese Prognosen verdienen angesichts des immensen wissenschaftlichen Aufwands Respekt. Aber für bare Münze darf man sie nicht nehmen, denn sie leisten eigentlich etwas Unmögliches, vielleicht sogar Wundersames. Aber das hatten wir ja schon.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,
L 7, 1, 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43, 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

Redaktion: Kathrin Böhrer · Telefon 0621/1235-103 · Telefax 0621/1235-222 · E-Mail boehmer@zew.de
Gunter Grittmann · Telefon 0621/1235-132 · Telefax 0621/1235-222 · E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars
© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2010